

# FAKTEN, ARGUMENTE, DATEN UND HINTERGRÜNDE ZUM THEMA 7 IM PARTEILEHRJAHR

Seminar zum Studium von Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus und der ökonomischen Strategie der SED

Die umfassende Intensivierung als eine qualitativ neue Entwicklungsetappe des Übergangs zur intensiv erweiterten sozialistischen Reproduktion wird dadurch charakterisiert, daß alle Produktions- und Reproduktionsfaktoren in den Intensivierungsprozess einbezogen werden. Es wird die bisher dominierende arbeitszeitparende Variante der Intensivierung mit der ressourcensparenden in einer solchen Weise kombiniert, daß auf der Grundlage weiter steigender Arbeitsproduktivität und Arbeitszeitsparnis die Senkung des Produktionsverbrauchs zusehrend zu einer Quelle des Wirtschaftswachstums wird. Das bedeutet, es ergeben sich völlig veränderte Entwicklungsrelationen und Abhängigkeiten verschiedener Ausdrucksformen der produktiven Arbeit (z. B. Arbeitsproduktivität, Produktionszuwachs, spezifischer Material- und Energieverbrauch u. a.). Eine derartige Entwicklung ist unerlässlich, da die Senkung der Rohstoff-, Material- und Energiemenge zu einer entscheidenden strategischen Frage der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR geworden ist. Auf Grund des ökonomischen Entwicklungsniveaus, der äußeren Bedingungen und der natürlichen Voraussetzungen in Gestalt der vorhandenen Ressourcen ist es erforderlich, Material- und Energieökonomie zur Rohstoff- und Materialersparnis der anspruchsvollen Produktions- und Leistungseiner Volkswirtschaft in einer neuen Qualität und in völlig neuen Dimensionen zu verstehen und durchzusetzen. Es ist ein Grundanliegen der gegenwärtigen Intensivierungsetappe, daß die Verbesserung des Verhältnisses von Aufwand und Ergebnis auf der Grundlage einer absatz- und anwendungsorientierten Erzeugniserneuerung neben der Aufwandsminimierung beim Hersteller durch eine Erhöhung des anwendungsorientierten Nutzens, d. h. durch eine qualitative Verbesserung des Gebrauchswertes der Erzeugnisse erreicht wird.

## Volkswirtschaftlich effektivste Art der Veredlung im Vordergrund

Die Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung. Die Senkung des Produktionsverbrauchs und die höhere Veredlung der Roh- und Brennstoffe – wichtige Aufgaben zur Erhöhung des Nationaleinkommens.

Produktion und Nationaleinkommen, das für die Fortführung der Politik der Hauptaufgabe und für die Sicherung des Friedens notwendig ist, zu gewährleisten.

Der Begriff Veredlung ist in den Technikwissenschaften und der Technologie (Kohleindustrie, chemische Industrie, Textilindustrie und metallverarbeitende Industrie) schon seit langem gebräuchlich. Man begegnet der Veredlung dort z. B. im Sinne der Änderung von Stoffeigenschaften, als Fertigungsverfahren oder im Zusammenhang mit der stoffwirtschaftlichen Nutzung von Erdöl und Kohle. Aber auch im wirtschaftlichen Sinne wird der Terminus Veredlung im Deutschen seit über 100 Jahren verwendet (vgl. Haubstein, H.-D., Veredlung und Innovation aus ökonomischer Sicht, in: Wirtschaftswissenschaft, 32(1984)7, S. 1601). Er bedeutet hier im allgemeinsten Sinne die Umwandlung von Rohstoffen, Material und Energieträgern in Gebrauchswerte einer höheren, d. h. dem Konsum und damit der Bedürfnisbefriedigung nützlicheren Form und somit das Hinzufügen von Wert zum Produkt. Daraus abgeleitet besteht das Wesen der höheren Veredlung in der Erhöhung des Wirkungs-

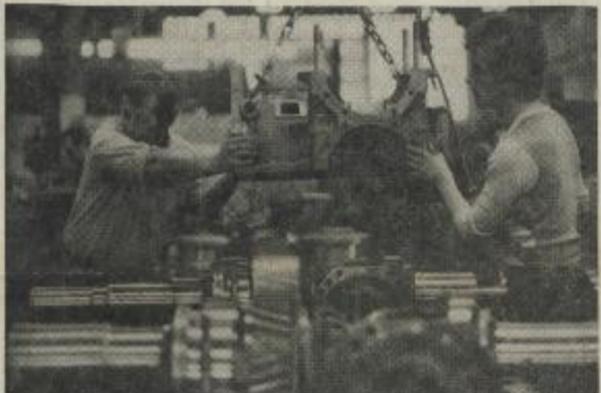
grades bei der Nutzung der Arbeitsgegenstände – Rohstoffe, Material und Energieträger einschließlich Importe – in allen Stufen des Verarbeitungsprozesses durch die qualitative und strukturelle Entwicklung des Gebrauchsvolumens auf der Grundlage des Einsatzes von qualifizierter Arbeit. Das Kennzeichen der Höherveredlung ist der wachsende Gebrauchswert je stofflicher Einheit Rohstoff, Material und Energie. Dabei ist die zu erzielende Gebrauchswertsteigerung mit der Verminderung des Material- und Energieverbrauches pro Produkt zu verbinden, was in der Praxis jedoch oft nicht unkompliziert und z. T. nicht ohne Widersprüche verläuft. Der Schlüssel zur Lösung dieses Problems liegt in der ständigen Erneuerung der Erzeugnisse und Produktionstechnologien unter bestmöglicher Anwendung der Mikroelektronik, der Informationsverarbeitungs- und Automatisierungstechnik, neuer Konstruktionswerkstoffe und anderer Grundrichtungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.

Wertmäßig betrachtet ist die höhere Veredlung Ausdruck der Substitution von vergegenständlichter Arbeit, d. h. von Rohstoffen, Material und Energie durch qualifizierte

Seminar zum Studium der Geschichte der KPdSU

## Die historischen Lehren sind von äußerster Aktualität

Die erfolgreiche Realisierung des Leninschen Planes des sozialistischen Aufbaus in den 20er und 30er Jahren war von großer internationaler Bedeutung. Unter ihrem Einfluß erstarkten in der ganzen Welt Kräfte, die aktiv für Frieden, gegen Krieg kämpften. Ebenso wie vorher lag auch in dieser Periode, die durch wachsende Macht und Autorität des Sowjetstaates gekennzeichnet war, seiner Außenpolitik das Leninsche Prinzip der friedlichen Koexistenz zugrunde. In den Dokumenten der KPdSU spiegelt sich das unmittelbare wechselseitige Verhältnis von Außen- und Innenpolitik wider. Die Außenpolitik zur aktiven Verteidigung des Friedens sicherte günstige Bedingungen für den sozialistischen Aufbau, die Stärkung des ersten sozialistischen Staates in der Welt; die Erfolge des sozialistischen Aufbaus festigten die Positionen der friedliebenden Außenpolitik und machten sie noch wirksamer. Ein Ausdruck dafür waren in den 20er Jahren z. B. die diplomatische Anerkennung der UdSSR durch eine Reihe bürgerlicher Staaten (besonders 1924 durch Großbritannien, Italien, Norwegen, Schweden, Dänemark, Griechenland, Mexiko, Österreich, Frankreich, China, Japan), der Abschluß von Nichtangriffs- und Neutralitätsverträgen (in



Ein neues Getriebe wurde vom VEB Getriebewerke Gotha entwickelt. Inzwischen wird es in dem Thüringer Betrieb in Serie produziert. Foto: ADN-ZB/Hirndorf

lebendige Arbeit, also einer Umkehrung der entscheidenden Substitutionsbeziehung der Vergangenheit, des Ersatzes von lebendiger durch vergegenständlichte Arbeit. Es geht primär darum, durch Nutzung der werterhöhenden Potenz qualifizierter Arbeit in der Produktion über höhere Gebrauchswerte einen zusätzlichen Neuwert zu schaffen und auf diese Weise eine steigende Nettoproduktion und somit ein größeres Nationaleinkommen pro Rohstoff- und Materialeinheit zu erwirtschaften. Die aus der gleichzeitigen absoluten Senkung des Produktionsverbrauchs resultierende Freisetzung von Rohstoffen, Material und Energie muß zur Steigerung des gesellschaftlichen Gesamtproduktes genutzt werden, wobei diese wiederum erst in Verbindung mit lebendiger Arbeit und Grundfonds zu vermehrter Neuwertschöpfung führt.

Die höhere Veredlung hat in den Rohstoffen ihren Ausgangspunkt, bezieht jedoch alle Folgezustufen mit ein, die durch Hinzufügen von laufendem Aufwand an lebendiger qualifizierter Arbeit bei Erhöhung des Gebrauchswertes den Veredelungsgrad des verarbeiteten Materials erhöhen. Jede Materialeinsparung auf einer Stufe ist somit gleichzeitig eine Einsparung von Arbeit in den vorgelagerten Prozessstufen. Weiterhin entspricht es dem Wesen der Höherveredlung, daß Gebrauchswertsteigerungen in den Vorstufen Grundlage für Materialeinsparungen in den Folgestufen – bis hin zur Anwendung – bilden. Eine wesentliche Bedingung ist also, daß sich die Höherveredlung und damit die Erneuerung der Produktion durchgängig über den volkswirtschaftlichen Stoff- und Materialfluß zieht. Hiervon wird in hohem Maße die weitere Leistungs- und Effektivitätsentwicklung unserer Volkswirtschaft bestimmt.

Im Vordergrund muß stets die volkswirtschaftlich günstigste, effektivste Art der Veredlung stehen (Beachtung von einmaligem Aufwand, Bedarf u. a.).

Insgesamt wird deutlich, die Durchsetzung der höheren Veredlung ist bei umfassender Intensivierung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses auf wesentliche qualitative Veränderungen in der Reproduktion gerichtet, die wirtschaftliches Wachstum auf der Grundlage qualitativer Vervollkommnung und besserer Verwertung der bereits in den volkswirtschaftlichen Kreislauf einbezogenen Rohstoff- und Materialressourcen zum Inhalt haben. Sich diesen Erfordernissen zu stellen, ist auch eine Herausforderung an die Wissenschaftler der Karl-Marx-Universität.

Dr. HELMHARD KRAFT, Sektion Wirtschaftswissenschaften

## Der Kampf der KPdSU für den Schutz des sozialistischen Vaterlandes und für den Frieden unter den Bedingungen der kapitalistischen Umkreisung in den 20er und 30er Jahren.

den Jahren 1928 bis 1927 z. B. mit Deutschland, Litauen, der Türkei, Afghanistan und dem Iran), Aktivitäten zum Ausbau wirtschaftlicher Beziehungen, der Kampf für Abrüstung.

Der Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929 hatte die imperialistischen Widersprüche zuspitzen lassen. Die gesamte internationale Lage wurde durch die durch komplizierter, da die Widersprüche zwischen beiden gesellschaftlichen Systemen zunahm. Die Kriegsgefahr wuchs. Unter diesen Bedingungen nahm die Rolle der UdSSR bedeutend zu, die sich hartnäckig und konsequent für die Erhaltung des Friedens einsetzte. Die KPdSU hatte angesichts dieser Umstände im Jahre 1933 einen besonderen Beschluß gefaßt: über die **Entfaltung des Kampfes für die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa**, auf dessen Grundlage ein entsprechender Plan der Sowjetdiplomatie ausgearbeitet wurde. Entsprechend diesem Plan trat die UdSSR 1934 dem Völkerbund bei und bekundete ihre Bereitschaft, in seinem Rahmen ein regionales Abkommen über die gegenseitige Verteidigung vor einer deutschen Aggression abzuschließen. Nach Ansicht der UdSSR sollten Belgien, Frankreich, die Tschechoslowakei, Polen, Litauen, Lettland, Estland und Finnland oder einige dieser Länder, unbedingt aber Frankreich und Polen, Teilnehmer des Abkommens sein. Die Abkommenspartner sollten im Falle eines militärischen Überfalls einander diplomatische, moralische und nach Möglichkeit auch materielle Hilfe leisten. Schon im November 1933 schlug die UdSSR der Regierung der USA vor, einen regionalen Pakt unter Teilnahme Japans, Chinas und anderer Staaten abzuschließen. Diese beiden Initiativen bildeten ein weitgehendes Friedensprogramm, begründet auf der Konzeption der kollektiven Verteidigung des Friedens. Die kapitalistischen Länder lehnten jedoch diese sowjetischen Initiativen ab.

Während der Verhandlungen mit Frankreich entstand die Idee eines Ostpaktes, die von den Regierungen einer Reihe europäischer Staaten aktiv diskutiert wurde. Es war gemeint, daß die Paktteilnehmer die vertragliche Verpflichtung übernehmen, die Unantastbarkeit der Grenzen zu garantieren und im Falle eines Angriffs einander Beistand zu leisten. Die Idee des Ostpaktes fiel Deutschland natürlich nicht. Sie wurde auch von England abgelehnt, das ein Separatabkommen mit Deutschland im Sinne hatte. So wurde die Durchsetzung der sowjetisch-französischen Initiative vereitelt.

Angesichts der ablehnenden Haltung gegenüber der Schaf-

Seminar zum Studium von Grundproblemen des revolutionären Weltprozesses

## Mit Zusammenschluß entsprachen sozialistische Staaten einem gesetzmäßigen Erfordernis

Vor 30 Jahren, am 14. Mai 1955, schlossen die Volksrepublik Albanien, die Volksrepublik Bulgarien, die Tschechoslowakische Republik, die Deutsche Demokratische Republik, die Volksrepublik Polen, die Ruminische Volksrepublik, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Ungarische Volksrepublik in Warschau den „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ ab. (Die Volksrepublik Albanien schied 1962 aus dem Vertrag aus.) Darin erklärten die Vertragspartner ihren Willen, ihre politische, wirtschaftliche, militärische und kulturelle Zusammenarbeit weiterzuentwickeln und zu festigen. Sie vereinbarten eine gemeinsame und koordinierte Politik für die Gewährleistung des Friedens und der europäischen Sicherheit, für allgemeine und vollständige Abrüstung und das Verbot aller Massenvernichtungswaffen. Sie bekundeten nachdrücklich ihr Streben nach einem System der kollektiven Sicherheit in Europa und reagierten auf die durch das Inkrafttreten der Pariser Verträge erhöhte Kriegsgefahr mit der Verpflichtung, sich im Falle einer imperialistischen Aggression gegen einen oder mehrere Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages gegenseitig militärischen Beistand zu leisten. Dazu bildeten sie das Vereinte Kommando, dem sie Teile ihrer Streitkräfte unterstellten, und beschloßen, weitere notwendige Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Verteidigungsfähigkeit zu stärken.

Der Warschauer Vertrag begründete ein multilaterales Bündnis, das einen neuen Abschnitt der Zusammenarbeit seiner Teilnehmerstaaten einleitete. Mit ihrer Zugehörigkeit zu diesem Vertrag ist die DDR zugleich Mitglied eines Militärbündnisses, das sich prinzipiell von der aggressiven Militärisierung der NATO unterscheidet.

Der Warschauer Vertrag entstand als ein Staatenbündnis völlig neuer Art. Mit ihrem Zusammenschluß zum Zwecke der Vertiefung der Freundschaft, der Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung entsprachen die sozialistischen Staaten einem gesetzmäßigen Erfordernis, das sich aus der historischen Mission der Arbeiterklasse ergibt. Mit der konkreten Form dieses Zusammenschlusses zu diesem Zeitpunkt, insbesondere mit der Bildung der militärischen Verteidigungskoalition, gaben sie eine un-

Vernachlässigung der Verteidigungsbereitschaft und -fähigkeit aber schon manchen Aggressor ermunternd. Deshalb widmen sie der Gewährleistung der zum Schutz von Sozialismus und Frieden notwendigen militärischen Stärke stets die gebührende Aufmerksamkeit.

Der Warschauer Vertrag bestätigt sich in seinem Wesen und Ziel als ein Staatenbündnis neuer Art. Gestützt auf ihn und seine Militärisierung gelang es den sozialistischen Ländern, der Leninschen Politik der friedlichen Koexistenz eine hohe Wirksamkeit zu verleihen. Seine Hauptziele – die Gewährleistung der eigenen Sicherheit, die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa und die Verhinderung eines neuen Weltkrieges – konnten bisher erreicht werden. Damit wurde er zu einem Faktor, der immer stärker auf die Entwicklung unseres Kontinents und der Welt Einfluß nimmt.

Die militärische Stärke des Warschauer Vertrages wirkt zügelnd auf die aggressiven Kräfte, sie engt deren Aktionsradius ein und erweist sich als ein unerlässlicher und maßgebender Faktor, die NATO-Mächte zu Verhandlungen und Vereinbarungen über Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zu veranlassen und dabei das Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit zu respektieren. Die militärische Stärke des Warschauer Vertrages wurde und wird jederzeit nur von den Erfordernissen des zuverlässigen militärischen Schutzes von Sozialismus und Frieden bestimmt.

In den zurückliegenden Jahren, heute und in Zukunft widerspiegelt die Politik der Warschauer Vertragsstaaten die dialektische Einheit des Kampfes um Frieden, friedliche Koexistenz und gesellschaftlichen Fortschritt sowie die Gewährleistung des jederzeitigen zuverlässigen Schutzes der sozialistischen Errungenschaften.

Doz. Dr. RUDOLF KOSCHULLA

## Der Warschauer Vertrag – die politische und Verteidigungskoalition sozialistischer Länder. Die Aufgaben zur Durchsetzung der abgestimmten Außenpolitik, zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der sozialistischen Gemeinschaft.

umgängliche und zweckmäßige Antwort auf die vom Imperialismus verursachte Verschärfung der internationalen Lage. Der prinzipiell neuartige Charakter des Warschauer Vertrages wird vor allem an folgendem sichtbar:

Erstens entstand er im Kampf um die Bewahrung und Festigung des Friedens, in einer Situation erhöhter Kriegsgefahr und Bedrohung der Sicherheit der friedliebenden Staaten durch die imperialistischen Hauptmächte sowie nach Ablehnung aller Initiativen der sozialistischen Staaten, insbesondere der Sowjetunion, zur Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa.

Zweitens besitzt er in Gestalt der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung seiner Teilnehmer eine völlig neue sozialökonomische Grundlage; mit der Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch

den friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, nach korrekten und gutnachbarlichen Beziehungen zu anderen Staaten sowie von konsequenter Wahrung der Sicherheitsinteressen der sozialistischen Staaten und des Friedens, einschließlich der Gewährleistung der dazu erforderlichen materiellen, insbesondere militärischen Voraussetzungen. Das stetige Streben der Warschauer Vertragsstaaten nach einem gesamt-europäischen Sicherheitssystem zeugt von einer Politik, die Ausdruck der sozialökonomischen Basis des Sozialismus und der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse ist. Durch ihren Kampf um Abrüstung, Entspannung und Frieden werden die günstigsten äußeren Bedingungen für den sozialistischen Aufbau geschaffen. Die Staaten der sozialistischen Gemeinschaft beherzigen stets die historische Erfahrung, daß allein der Wunsch nach Frieden noch keinen Aggressor zügelte, die

Krieges zu tun, beschleunigte die Politik der britischen Regierung zweifellos den Ausbruch eines neuen Weltkrieges. Die Politik Englands wurde von Leuten bestimmt, die die Absicht hegten, mit Hitler vor allem auf Kosten der Sowjetunion und dann auf Kosten der osteuropäischen Staaten übereinzukommen. Das war die Ursache für die Sabotage der Bemühungen um die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa, die Ursache der moralisch-politischen Unterstützung des Hitlerregimes. Der blinde Haß gegen den Sozialismus und die Sowjetunion machte die konservativen Politiker unfähig, die politische Lage nüchtern einzuschätzen und entsprechend den Interessen der friedliebenden Menschheit zu handeln. Die Sowjetunion gab ihre Bemühungen auch weiterhin nicht auf, kollektive Handlungen gegen die Aggressionen des faschistischen Blocks zu organisieren.

In Verbindung mit dem „Anschluß“ Österreichs vom 12. März 1938 forderte die UdSSR z. B. England, Frankreich und die USA auf, kollektiv gegen die Aktionen Deutschlands vorzugehen, indem sie erklärte: „Morgen kann es schon zu spät sein, aber heute ist es noch Zeit dafür, wenn alle Staaten, besonders die Großmächte, eine feste, eindeutige Haltung hinsichtlich der kollektiven Rettung des Friedens einnehmen.“ Dieser Aufruf fand jedoch in London, Paris und Washington kein Gehör. Verhängnisvolle Ereignisse folgten.

„Die Sowjetunion hatte versucht, rechtzeitig ein System der kollektiven Sicherheit gegen den Aggressor zu formieren. Dieser Friedenspolitik war angesichts der antisowjetischen Position westlicher kapitalistischer Staaten kein Erfolg beschieden. Die Konsequenz: Sie, diese Staaten, überzog Hitlerdeutschland noch vor der Sowjetunion mit Krieg, um sich ein territorial genügend tiefes und ökonomisch starkes Hinterland für den Überfall auf die UdSSR zu schaffen.“ (Aus dem Aufruf zum 40. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus und der Befreiung des deutschen Volkes, vom 11. Januar 1983).

Die historischen Lehren des Kampfes der Sowjetdiplomatie für Frieden in den 20er und besonders 30er Jahren sind von äußerster Aktualität, geht es doch gegenwärtig darum, eine breite Koalition der Vernunft zu schaffen, um ein nukleares Inferno zu verhindern. Die historischen Bedingungen zu ihrem Zustandekommen sind günstiger als damals.

Dr. MERVE MARTSCHENKO, Sektion Geschichte